

Organisations-Entwicklung

Die Grünen zwischen parlamentarischer Präsenz und organisatorischer Stagnation

Ich schreibe das Wort Organisationsentwicklung im Titel *mit* Bindestrich, denn es hat hier einen Doppelsinn. Es geht mir erstens um die Frage: Wohin entwickeln sich die Grünen? Zweitens um die Frage: Kann man die Grünen entwickeln? Der fröhliche Kleinbus, in dem wir durch Deutschland schaukeln, hat begrenzte Aufnahmekapazitäten, und er ist nicht Jedermanns Fahrzeug. Die Grünen sind, auch nach ihrer realpolitischen Ausrichtung und Stabilisierung, exklusiv geblieben. Ihre Mitgliederzahlen steigen zwar ganz leicht; aber ihr Wähleranteil erweist sich seit längerem als nicht mehr ausbaufähig.

Das ist *erklärungsbedürftig*. Denn *eigentlich* müssten die Grünen zulegen. Im Bund, aber auch in Ländern wie Hamburg. Schröders Politik vergrätzt das Linksspektrum; die Hamburger SPD befindet sich in einer tiefen Identitätskrise. Die SPD der Hansestadt sinkt in den Umfragen auf 30 Prozent – aber die GAL profitiert nicht davon. Am Tag vor der Bürgerschaftswahl vom 29.2.2004, wo ich diesen Text fertig stelle, muss ich hinzufügen: selbstverständlich werden wir morgen zulegen. Aber nur in Bezug auf unser desaströses Ergebnis vom Sept. 2001. Ansonsten gilt: was die SPD verliert, geht nicht an uns. Der Unmut über die Berliner Politik trifft offenbar auch uns.

Dennoch müssten wir demographisch im Trend liegen – denn den geringsten Zuspruch hatten wir immer bei den Alten. Doch nichts dergleichen. Die seit langem unangefochtenen Umfragewerte für Joschka Fischer – einmalig hoch und stabil für den führenden Kopf einer so kleinen Partei – setzen sich nicht in Wähler-Prozente um. Die Personalisierung der Parteienkonkurrenz scheint für die Grünen nicht zu gelten – trotz Joschka. Auch das ist erklärungsbedürftig.

Es gibt noch weitere Argumente dafür, dass die Grünen eigentlich expandieren müssten. Zwar wird die Hamburger GAL morgen kräftig zulegen, weil sie mit ihrer konsequenten Opposition gegen Schill und von Beust Recht behalten hat. Vielleicht werden wir unser bestes Ergebnis noch übertreffen. Doch was auch immer wir uns an Länder-Fakten vor Augen führen, die Grünen kommen über das Zehn-Prozent-Ghetto im Westen kaum hinaus, und auch in den Großstädten scheint es eine magische Obergrenze zu geben. Noch immobilere scheinen die Ergebnisse anderer Nord-Grüner. Und auch die Sondersituation im Osten – unterhalb von fünf Prozent zu bleiben – ist offenbar stabil.

Zu wenig und zu viel Partei

Diese Stagnation, behaupte ich, ist weitgehend unabhängig von der jeweils aktuellen politischen Situation. Sie scheint das Schicksal einer Partei zu sein, zu deren historischer Spezifik ein Paradoxon gehört: sie ist mehr und zugleich weniger Partei als alle anderen. Das *Weniger* machen wir uns in lichten Momenten bewusst; das *Mehr* entzieht sich bisher weitgehend der grünen Selbstreflexion.

Weniger Partei als die anderen sind wir, weil uns die lange Tradition und die solide Verankerung in gesellschaftlichen Milieus und Verbänden fehlt. Eine Nibelungentreue von außen konnten wir nie beanspruchen. Es gibt in diesem Sinne kein grünes Milieu, wie es z.B. ein sozialdemokratisches Milieu gibt oder gab. Das schreibe ich, in einem Stadtteil sitzend (Hamburg-Ottensen), in dessen von hier aus nächstem Wahllokal (Eulenstraße) wir über 40 % erzielen. Aber die ideologische, materielle und soziokulturelle Bindung der sozialdemokratischen Basis an ihre Partei hat bei uns Grünen kein Pendant. Wir, die wir vor fünfundzwanzig Jahren als Anti-Parteien-Partei angetreten sind, wollten diese Abhängigkeit ja auch nicht. Nicht einmal für uns selbst war das ein angenehmes Lebens-Modell. Wir wollten immer ein Non-Alignment¹, eine verfasste Unbotmäßigkeit, einen institutionellen Antiautoritarismus, der heute noch spürbar ist, wenn auf einer vierzigköpfigen Altonaer Mitgliederversammlung unzählige Änderungsanträge zum Bezirkswahlprogramm gestellt werden – so viele, dass am Ende alles an eine Redaktionsgruppe delegiert wird². Die Grünen möchten trotz ihrer Parteimitgliedschaft freie Menschen bleiben, eigentlich ein netter Zug.

In dieser Freiheit liegen jedoch Illusionen, und eine der Selbsttäuschungen, um die es *hier* gehen soll, ist die Verkennung der Tatsache, dass wir inzwischen *mehr* Partei sind als die anderen. Die Grünen sind zu einer professionellen Politikmaschine postmodernen Typus geworden, die alle Gemütlichkeiten der älteren Parteien hinter sich lässt und sich auf den Kern des Politikgeschäfts konzentriert. Das klingt wie ein Lob – und ist zunächst auch so gemeint. Es war ein langer Weg dahin.

Die meisten bekannten politologischen Definitionen der Grünen erfassen diese Spezifik nicht hinreichend. Bestimmungen wie „postindustrielle Rahmenpartei“ (Raschke) oder denunziatorische Definitionen als „Regierungspartei“ bleiben unscharf oder sind schon nicht mehr zeitgemäß. Was die Grünen der letzten Jahre auszeichnet, ist, dass sie sich aus der ökologischen, feministischen und pazifistischen Spezialtruppe mit besonderem Lebensstil in eine agile, aber auch konventionelle Politik-Agentur verwandelt haben, für die sich die Frage der Massenbindung oder sozialen Integration nicht mehr stellt. Der schmerzliche soziale Ablösungsprozess, den die Sozialdemokratie gerade durchmacht, kann kein grünes Mitgefühl hervorrufen, weil die Grünen dieses (ältere) Bindungsproblem gar nicht kennen.

Wozu braucht ihr eigentlich *mehr* Mitglieder? habe ich mich als Organisator, aber auch als Abgeordneter und Vorstandssprecher oft im Stillen gefragt, wenn versuchte, meine Partei von außen zu betrachten. Die LAG, aus der ich komme, ist seit mehr als zehn Jahren in der Größe unverändert. Es gibt eine Fluktuation – aber keinen Zuwachs. Im übrigen Landesverband ist es ähnlich. Die Zahl der Beteiligten auf den Mitgliederversammlungen in unseren sieben Hamburger Stadtbezirken stagniert, ohne dass es jemanden ernstlich stört.

¹ zu übersetzen etwa als Nichtanpassung an die Parteilinie

² Kreismitgliederversammlung zur Listenaufstellung für die Bezirksversammlung am 14. 1. 04

Und unser kleiner Partei-Apparat könnte wahrscheinlich eine wesentliche Vergrößerung des Mitgliederbestandes gar nicht bewältigen – wenigstens nicht, wenn die Zahl der Anfragen, Bürobesuche, Initiativen usw. sich wesentlich erhöhen würde. Das ist die materielle Seite des Kleinbus-Syndroms. Und es ist eine Zwickmühle; denn wenige Mitglieder bringen wenige Beiträge, und so können wir uns ein expansionsorientiertes Parteibüro nicht leisten. Dies wiederum hindert uns daran, neue Menschen einzubeziehen. Denn mit Anwerbung ist es ja nicht getan. Sie müssen ja auch einen Platz in der Partei finden, an dem ein sinnvolles Engagement möglich ist. Die Aushandlung einer Beitrittserklärung dürfte also eigentlich für die Organisation nur der erste Schritt sein.

Auch eine Partei braucht ihre Ruhe

Nicht nur wegen beschränkter materieller Ressourcen, sondern auch aus der Gewohnheit des Partei-Sozietops würde ein spürbarer Mitgliederzustrom eine Krise auslösen. Wir besetzen mit relativ wenigen Leuten relativ viele Posten, und die Chance, überraschend gewählt zu werden, entpuppt sich für manch unwissenden Newcomer eher als akutes Risiko. Größere Auditorien würden höhere Ansprüche stellen und die Zahl der Mitbewerber steigern. Unsere Offenheit erlaubt ehrgeizigen, mutigen Neulingen den Sprung auf die Bürgerschaftsliste. Wir zwingen niemanden zur „Ochsentour“. Der Saal in der Handwerkskammer ist voll³, man freut sich – und vergisst, dass die Beteiligung in früheren Jahren schon wesentlich stärker war.

Die Stagnation grüner Organisations-Entwicklung hat sicherlich noch weitere Ursachen. Eine wichtige Ursache, die hier aber nur erwähnt werden soll, ist das Verblässen der identitätsstiftenden Ökologie zu einer (notwendigen, aber auch profanen) Allerweltsangelegenheit. Vor dem historischen Hintergrund des klassischen deutschen Parteienspektrums der Konservativen, Liberalen, Demokraten und Sozialisten rangen wir mit der Sonnenblume in der Hand um dauerhafte Identität. Inzwischen stürzt, so scheint es, der organisierte Liberalismus auch deshalb in sich zusammen, weil die konkurrierenden Parteien den Nach-Wende-Zeitgeist so gut bedienen, dass die FDP überflüssig wird. Und der schätzenswerte Kern der Liberalität – die Freiheitlichkeit jenseits der Sphäre der Ökonomie – hat bei den Grünen eine warmherzige, „konsensuale“ Aufnahme gefunden.

So könnten wir zufrieden sein mit dem wenigen, was wir haben; denn es ist uns relativ sicher. Die Grünen von heute sind in mehrfacher Hinsicht das komplette Gegenbild ihrer Frühzeit: Realismus statt Utopismus, Kompromiss statt Widerspruch, Harmonie statt Flügelstreit. Sie sind derzeit die einigste deutsche Partei.

Der Preis dieser Einigkeit ist – Blässe. Eben weil die Grünen *nicht* die historische Reminiszenz einer großen weltanschaulichen Strömung für sich in Anspruch nehmen können, wirken sie nicht nur so seltsam unmetaphysisch, sondern inzwischen auch ziemlich banal. Dieses Gefühl ist auch im Inner Circle verbreit-

³ Landesmitgliederversammlung am 17. 1. 2004 zur Aufstellung der Bürgerschafts-Liste

tet. Auf einer Vorstands- und Fraktionsklausur der GAL Hamburg im Frühjahr 2001 fragten wir: Wie sehen wir uns selbst? Wie sieht uns die Öffentlichkeit? und baten um qualifizierende Adjektive. „Angepasst“, „konventionell“, „unscheinbar“ – solche Bewertungen kamen derart häufig, dass sie eine Alarmstimmung bei uns hätten auslösen müssen. Taten sie aber nicht. Warum nicht? Wir waren froh, der Stadt zeigen zu können, dass wir sie seriös regieren konnten. Ohne Populismus und Klamauk, und ohne künstlichen Streit. Eben ruhig.

Auf der Parlamentsinsel

Das Produkt der Politikmaschine, die sich „Bündnis 90 / Die Grünen“ nennt, sind Politikvorschläge, in aller Regel solche, die in das Gesetzgebungsverfahren eingespeist werden. Es wäre eine böswillige Verkürzung, es auf den Satz zu bringen: Die Partei ist das Mittel; die Fraktion ist der Zweck. Aber der wesentliche Zweck der Partei ist, an jener Öffentlichkeit teilzunehmen, die über die parlamentarische Selbstdarstellung beeinflusst wird. Gesellschaftliche Wirkung ist also immer eine über Medien vermittelte. Und in dieser Vermittlung haben die Grünen heute einen festen Platz. Diese Vermittlung kennt einen Parteienproporz; sie ist an die „Übersetzung“ durch Journalisten gebunden; die Medien-Usancen wirken auf die Arbeit unserer Pressesprecherinnen und unserer Referentenstäbe zurück, indem diese von der Partei solche Politik-Verarbeitungen anfordern oder zumindest erwarten, die möglichst leicht für die mediale Kommunikation aufzubereiten sind. Der mediale Horizont kann dann leicht zu dem eigenen gedanklichen Horizont werden. Produziert wird, was marktfähig ist, was in gesetzgeberische Formen gepresst werden kann. Aus der Kunst wird ein Handwerk. Das Programm wird gestückelt, die Botschaft trivialisiert. - Als wir Realos bei den Grünen in die Zielgerade einbogen, gestanden wir uns manchmal noch ein, wie gefährlich unser Sieg der Partei werden würde.

„Möchtest du nicht auch, dass wir uns endlich mal den 20 Prozent nähern?“ Die Antwort auf diese Frage, von grün zu grün, wäre ein schlichtes Ja. Aber man könnte eine gemeine Frage nachschieben: „Was müssten wir anders machen, um endlich diesem Ziel näher zu kommen?“ Eine leichte, kurze Antwort darauf ist seriös nicht zu geben. Aber es lohnt sich, verschärft darüber nachzudenken.

In den Gesprächen der letzten beiden Jahre bin ich dabei auf Parteifreunde gestoßen, die ich frei wähnte von jedem sektiererischen Anflug, die sich aber dennoch – für mich völlig überraschend - dazu bekannten, mit gut zehn Prozent zufrieden zu sein. Ich befürchte, das Klein-bleiben-Wollen ist immer noch eine Krankheit in dieser realpolitisch gewendeten Partei. Viele Meinungsführer/innen innerhalb der Grünen haben, mit ihren besonderen Positionen und Einstellungen, zu Recht Angst vor dem großen Plebiszit. Das Plebiszit, das eine demokratische Wahl darstellt, kann man wegstecken; man geht aus ihm vielleicht gerupft, aber innerlich unverändert hervor. Aber die Vorstellung, ein größerer Teil neuer Öffentlichkeit könnte in die eigene Partei hineindrücken, verursacht Unbehagen, vielleicht sogar Sorge. Denn das mühsam erreichte

Gleichgewicht der Kräfte und Positionen würde durch das Dazukommen neuer Menschen mit abweichenden Überzeugungen erschüttert.⁴

Dieses Moment der Trägheit, der Entwicklungsfeindlichkeit, des Misstrauens gegen fremde Eindringlinge finden wir bei allen deutschen Parteien; aber es ist bei den Grünen in der Gestalt ausgeprägt, dass sie in der Mehrheitsgesellschaft das Besondere, Minoritäre bleiben wollen, um die eigenen Positionen zu schützen. Der distinguierte Gestus ist aber genau das, was uns im Wahlkampf die erfolgreiche Arbeit schwer macht. Dem entsprechen strukturell das Unvermögen und der Unwille, mit der ganzen Stadt zu kommunizieren. Die Selbststilisierungen, die die Grünen in ihrer Außendarstellung transportieren, wirken dabei als Hürden und haben wahrscheinlich eine mehrfache Funktion: sie sollen durch die Botschaft, „wir leben anders, wir denken anders, wir sind anders“ nach innen Identität schaffen oder auspolstern; nach außen sollen sie (gut gemeint) ein Unterscheidungsmerkmal liefern, dass auch die politische Orientierung des Bürgers steuert.

Die Vergrößerungs-Perspektive

Denn im genuin politischen Feld sind die Grünen heute par Excellence eine Partei der Vernunft. Sie sind hier gar nicht „besonders“. Sie sind in der Ökologiefrage eine Partei des globalen Wohlbefindens; in ökonomischen Fragen eine Partei der Gerechtigkeit; hinsichtlich des Clash of Civilizations die deutsche Partei der Toleranz, wo die Volksparteien noch mit einem intoleranten Milieu in den eigenen Reihen zu kämpfen haben ; und in der Frage von Krieg und Frieden sind sie eine Partei des gemäßigten, UN-konformen Bellizismus. Man kann ihnen vernünftigerweise gar nicht widersprechen.

Gerade deshalb müsste eigentlich das Häuschen, in dem sie sich eingerichtet haben, längst implodieren – unter dem Druck eines massenhaften Zustroms von Interessierten. Um es mit einem anderen Bild auszudrücken: längst müsste der Kleinbus an der Haltestelle mindestens hundert Wartenden begegnen. Das wäre eine echte *Erfahrung*. Vielleicht ist das lebensweltliche, aber auch das linguistische Nadelöhr, durch das die Fahrgäste sich zwängen müssten, um hereinzukommen, der eigentliche Grund dafür, dass es dann am Ende doch nur so wenige schaffen. Und vielleicht ist dieses Nadelöhr gerade in der Metropole kleiner und enger als auf dem flachen Land.

Es ist schwer vorstellbar, dass die Parteivorstände mit den Mitgliedern allen Ernstes die Frage erörtern, ob die Zahl der Sitzplätze vergrößert werden sollte. Möllemanns 18er-Projekt für die FDP ist noch in unguter Erinnerung. Dennoch wäre es ein Fortschritt, wenn man sich wenigstens in den grünen Führungszirkeln der Entscheidungsalternative bewusst würde zwischen den strategischen Optionen (ich sage es mit Sarkasmus): „Deutschland braucht eine grün-

⁴ Auch hierin könnte man eine gewisse Verwandtschaft mit dem (historischen) Liberalismus und seiner Scheu vor den „Massen“ vermuten, wie sie Thomas Nipperdey in seiner „Deutschen Geschichte 1800-1866“ (München 1983) herausgearbeitet hat; s. bes. Kap. VI. 6 Politik und Gesellschaft: Wandlungen der Parteien. Siehe darin v.a. S. 723 ff.

liberale Kleinpartei mit einem gesicherten Minderheiten-Garten“ und „Als demokratische Partei rechnen wir in Zehnerschritten und planen die Eroberung der nächsten zehn Prozent“ - wobei es im Osten natürlich einen gehörigen Rabatt geben müsste. Ein Fortschritt wäre es schon, wenn die Vorstände und Geschäftsführungen die schwierige Frage aufwerfen würden, welche *Hindernisse* sich uns bei dieser Eroberung in den Weg stellen. „Was hindert das Segment 11-20 daran, uns zu wählen?“ könnte man fragen. In Wirklichkeit gibt es natürlich heute weniger denn je feste Wählersegmente⁵. Aber für eine Strategie der Partei-Entwicklung wäre dies, also der nächste Zehnerschritt, ein brauchbarer Parameter. Auf jeden Fall hat, meine ich, die Partei ein ehrgeiziges Entwicklungsziel verdient.

Unsere Entwicklungshindernisse

Wenn wir die Barrieren, die sich uns dabei in den Weg stellen, sortieren, dann stoßen wir zumindest auf vier Arten: 1. die politisch-programmatischen, 2. die hauseigenen, 3. die kommunikatorischen und 4. die auf die gesellschaftliche Verankerung bezogenen.

Unsere inzwischen ultra-pragmatischen Programme wirken wie ein Sortiment von Fach-Bausteinen und vermeiden es in geradezu ängstlicher Zurückhaltung, den Zustand der Gesellschaft, die Weltlage, das Staatswesen oder gar die politische Rolle der Grünen im Parteienspektrum zu thematisieren. Wenn man von den üblichen Floskeln absieht, die nun mal zur Parteiprosa gehören, so findet man in den Programmen, mit denen wir heute auf den Markt gehen, eine radikale Sachlichkeit und Diesseitigkeit, die eben die Charakterisierung der Grünen als Partei der Vernunft rechtfertigen könnte, auch - damit verbunden - eine radikal auf die Sphäre staatlichen Handelns verkürzte Politikdefinition.

Lego-Programm

Aus dem grün-alternativen Basar der Frühzeit mit seinem eigentümlichen Ideenhimmel ist eine Partei geworden, die der Öffentlichkeit medienvermittelt ein pragmatisches Sammelsurium von Fachpolitiken anbietet. „Ich stehe für die Gesundheitspolitik“, erklärt dann der Kandidat für die Parlamentsliste treuherzig, und ein anderer begründet die Notwendigkeit seiner persönlichen Parlamentsbeteiligung damit, dass noch jemand die Verkehrspolitik vertreten müsse. Die politische Option „grün“ ist heute, aus der Sicht der Partei, ein Angebot von Fachpolitiken, die in sich sorgfältig austariert sein mögen, aber in der Addition oft eben dennoch kein klares Bild ergeben. Was die politischen Macher der Partei allerdings in den letzten Jahren abgerungen haben, ist das Zugeständnis, dass nicht jedes Thema gleich wichtig ist und dass daher im Wahlkampf und in der parlamentarischen Intervention Schwerpunkte zu setzen sind. Das Themen-Karo wird also größer, die Partei wird durch Weglassung

⁵ Mair, Müller und Plasser haben auf die Lockerung der Wählerbindung („dealignment“) hingewiesen, die heute für die „Parteien auf komplexen Wählermärkten“ (so ihr Titel) ein zunehmendes Problem darstellt (Wien 1999).

erkennbarer, aber – ein damit erkaufte Dilemma – sie spricht damit auch weniger partikuläre Anliegen an als vorher.

Immer noch steckt in dieser Art der Annäherung an politische Öffentlichkeit das voluntaristische Missverständnis, als Kleinpartei das Thema einer Wahl *selber* bestimmen zu können. Die Vermessenheit jener fatalen Bundestags-Kampagne, die unter dem Wahlspruch „Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter“ firmierte, ist nicht ganz überwunden, sondern nur gehörig zurückgestutzt. Die Partei möchte ihre *eigenen* Themen „nach vorn bringen“, wie es in ihrem Jargon heißt, und hofft auf einen Wählerzuspruch via Themenidentifikation. Vieles spricht dafür, dass diese Annahme naiv ist. Gewiss gibt es Themenpräferenzen. Aber schon bei der Vermittlung der thematischen Aussagen hapert es. „Die CDU steht für die Wirtschaft“ kann als Klischee nur wirkungsmächtig werden, wenn die Wirtschaft zur CDU steht. Es ist übrigens Schröders Verdienst, diese Präferenz aufgebrochen zu haben. „Die Grünen stehen für die Umwelt“ – hier kann aus verständlichen Gründen eine analoge Wirkungsmacht nicht entfaltet werden. Wir können auf die ökologischen Standards, die wir in Deutschland durchgesetzt haben, stolz sein. Aber sie sind damit Allgemeingut geworden und insofern kein Privateigentum der Grünen. (Sie waren es nie. Ich fand es immer falsch, den anderen Parteien vorzuwerfen, sie hätten uns unsere Umweltthemen „geklaut“.) Und nicht wenige Öko-Aktivist*innen stehen heute den Grünen und ihrer Politik kritisch bis sogar ablehnend gegenüber.

Die Entbürgerlichung der Demokratie

Der parteitreue Wähler gehört zunehmend der Vergangenheit an. Die reine Sachentscheidung an der Wahlurne kommt wahrscheinlich im Politikunterricht häufiger vor als in der Wirklichkeit. Und ganz gewiss strömt das Volk nicht in die Wahllokale, um damit sein Einverständnis mit dem bestehenden Parteiensystem zu bekunden. Wir dürfen, wenn wir unsere Politik auf die Gesellschaft beziehen (und nicht nur auf die Gesetzgebung), nicht vergessen, wie groß die Nichtzustimmung durch Wahlabstinenz inzwischen ist (im jüngsten Wählersegment ca. 50 %) und wie skeptisch auch die übrigen Wähler gegenüber „den“ Politikern und Parteien sind. Mehr denn je sind Wahlentscheidungen vor diesem Hintergrund zu einer situativen, ja spielerischen Angelegenheit geworden, bei der der Wähler teilweise einfach mal etwas Neues ausprobieren möchte. Sowohl 1993 als auch 2001 ist die Senatsmehrheit in der Hamburger Bürgerschaft durch rasch zusammengezimmerte, unseriöse Wählervereine⁶ zustande gekommen. Das in der Geschichte der Republik bisher einmalige Phänomen, dass ein Fünftel der Wählerstimmen „populistisch“ eingefangen wer-

⁶ 1993 in Gestalt der STATT-Partei des CDU-Rebellen Markus Wegener; 2001 durch die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“, die sich dann „Schill-Partei“ nannte, weil ihr die Abkürzung PRO höchstrichterlich untersagt wurde. Auch die GAL war bei ihrer Gründung situativ, populistisch und unseriös. Noch mehr: Wir haben unsere Unseriosität sogar zum Programm erhoben, als „Alternative“ zur Etabliertheit der Anderen. Als GAL-MdB Rainer Schmidt 1985, provozierend locker gekleidet, einst in den Plenarsaal rief, mit der etablierten Politik gehe es den Leuten an den Kragen, gab ein Zwischenrufer zurück: „Sie haben doch gar keinen Kragen.“

den kann, ist immer nur unter dem Gesichtspunkt des Versagens rot-grüner Innenpolitik reflektiert worden (von der GAL nicht einmal das!), nie aber unter dem Aspekt der offensichtlich immens angewachsenen Bereitschaft der Hamburger Wählerschaft, *jenseits des demokratischen Spektrums* zu optieren.

Abgründe

Alle Rahmenbedingungen, aber auch die europäische Erfahrung (Frankreich, Belgien, Österreich, Dänemark) sprechen dafür, dass dieser Trend zunimmt. Spektakuläre Ein-Punkt-Formationen, besonders zu emotional besetzten Themen wie Kriminalität und Einwanderung, werden weiter Konjunktur haben. Der Zerfallsprozess der Schill-Kohorte ist kein Beweis des Gegenteils. Dass es in autoritären Parteien auch miteinander brachial zugeht, ist ebenfalls kein Hinderungsgrund für jene Wähler, die an der Wahlurne die Sau rauslassen wollen. Eine Rückkehr zu geordneten Verhältnissen nach dem 29. Februar 2004 könnte in Hamburg den Anschein erwecken, man wäre in die gute alte Zeit zurückgekehrt. Ich befürchte, dass eine solche Situation nicht zu einem verschärften Nachdenken bei den demokratischen Parteien führen würde – schon gar nicht bei der CDU, die ja ganz ungeniert den Rechtspopulismus als Steigbügelhalter benutzt hat.

Wenn wir uns als Grüne nicht nur in das gesamte politische Spektrum einordnen, sondern auch mit unserer Art der Selbstdarstellung an den Bedingungen messen, die heute durch das politische Theater einer Wahl gesetzt werden, dann wird die relative Hilflosigkeit unseres Politikansatzes klar. Der sachorientierte Wähler des Typs „Ich wähle die Grünen, weil sie für mehr Radwege sind“ steht dem situativ denkenden Wähler des Typs „Ich wähle diesmal die Partei X, damit die Konstellation Y herauskommt“ gegenüber; beide mit dem Kopf wählend und zu unterscheiden von jenem Wähler, der in der Wahlkabine seinem Unmut dadurch Luft macht, dass er sich daneben benimmt. Mit diesem Wähler wollen wir nichts zu tun haben, und wo wir ihm im Wahlkampf auf Straßen und Plätzen begegnen, sind die Wortwechsel kurz und heftig, oder er zerknüllt einfach unsere schönen Flyer und grunzt etwas Unflätiges. Bei den Grünen gibt es eine ganz starke Tendenz, sich im Kopf eine Gesellschaft zusammenzukomponieren, in der diese bösen Menschen gar nicht erst vorkommen. Das ist die sogenannte „Zivilgesellschaft“ – eine blitzsaubere, aber leider auch ziemlich spießige Angelegenheit.

Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 29. Februar 2004 hat einen einzigen Anlass: das Zerbrechen eines von der CDU zusammengestoppelten Senats aus FDP, Schill-Partei und ihr selbst. Es ist das dringendste Interesse der CDU, ihre Unterschreitung demokratischer Standards rasch vergessen zu machen. Die Rückkehr in den Wettbewerb harmloser Einzelthemen der Stadtpolitik gibt der CDU ihre Unschuld zurück. Schills Angriffe auf den Bürgermeister haben von Beust eine Märtyrer-Aura verliehen. Und genau jene Presse, die 2001 Schill hochgejubelt hatte startete mit dem 10. 12. 03 zu einem unverhohlenen Ole-Wahlkampf durch: das „Hamburger Abendblatt“ und die „Welt“.

Es war nicht das erste Mal, dass die CDU mit der Demokratie in Konflikt geriet. Aber sowohl in der Spendenaffäre, die sich mit den Namen Kohl und Kanther verbindet, als auch in dem Hamburger Verfassungsgerichtsprozess um die dubiose Kandidatenaufstellung zu den Bürgerschaftswahlen 1991, der dann zur vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode führte, haben weder Grüne noch SPD die CDU richtig unter Feuer genommen. Die Ungeheuerlichkeit, dass ein Bundeskanzler nicht nur den Artikel 21 GG verletzt, sondern sich auch noch trotzig dazu bekennt, ist von der SPD und uns nie so erörtert worden, wie sie es verdient hätte. Eine Kampagne gab es nicht. Dass der wiederholte Verfassungsbruch der CDU so schnell aus dem Gedächtnis der Öffentlichkeit wieder verschwunden ist, ist auch die Schuld der Grünen. Die SPD hatte, wie wir wissen, ihre Gründe, hierbei nicht allzu laut aufzutrompfen...

Die neue Affirmativität

Ich bin gern Mitglied einer Partei, die nicht nur für den äußeren und inneren Frieden einsteht, sondern auch friedfertig mit den anderen Parteien umgeht. Die zunehmende soziale Zerklüftung der Gesellschaft und die Herausforderungen der neuen Weltordnung machen eine Politik des Ausgleichs und der Verständigung überlebensnotwendig. In der offensiven Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften auf der Welt, die die demokratische, offene Gesellschaft beseitigen wollen, haben wir nur eine Chance, wenn unser eigenes Gesellschaftsmodell vorbildlich ist.

Aber manchmal frage ich mich, ob die Grünen nicht Toleranz mit Gutmütigkeit verwechseln, ob ihre Friedfertigkeit nicht längst eine Zahnlosigkeit ist, ob die Domestikation des Linkspopulismus nicht am Ende in eine neue Affirmativität umgeschlagen ist, die dem demokratischen Wettstreit den Garaus macht. Es gibt bei uns, meine ich, inzwischen eine regelrechte Harmoniesucht. Und nicht nur bei uns. Der herrschende Journalismus mit seiner Lust am Aufspüren innerparteilicher Uneinigkeit hat bei den Führungen der demokratischen Parteien zu der Manie geführt, sich widerspruchsfrei darzustellen, obwohl sie eigentlich genau wissen, dass dies ein Merkmal totalitärer Organisationen ist. Der Starkult, den die Volksparteien um ihre Vorsitzenden machen, ist zwar bedeutend harmloser als ein Führerkult; aber auch er setzt widerspruchslöse Akklamation voraus. Er degradiert das Parteivolk, das solche Veranstaltungen jubelnd bevölkert, zur hirnlosen Sklavenschar. Solche Inszenierungen sind einer Demokratie unwürdig, und wir sollten endlich mal den Mut haben, das auch öffentlich zu sagen. Ich sehe aber nicht, wo wir uns selber in der innerparteilichen Diskussion eingestehen, dass wir dem Politik-Marketing Grenzen setzen müssen. Eher befürchte ich, dass die Perfektion solcher Shows, die das Unparlamentarischste an der parlamentarischen Demokratie sind, auf manches unserer Mitglieder eine heimliche Faszination ausübt.

Die neue Affirmativität, von der soeben die Rede war, ist nicht auf grünem Mist gewachsen. Sie ist der Zeitgeist der Epoche nach der Wende. Die Grünen können sich ihr nicht entziehen. Die politische Kultur des kritischen Diskurses, des Widerstreits der Meinungen, die ja das Salz in der Suppe der Demokratie

ist, ist in Verruf geraten. Jeden Morgen höre ich in den Radio-Interviews Politiker, die sich verlegen beeilen, die Existenz eines Streits zwischen sich und Parteifreunden zu leugnen. Sie trauen sich nicht einmal, die Existenz einer Diskussion zuzugeben. In den bohrenden Fragen der Journalisten nach der vermuteten Uneinigkeit steckt eine fatale Meta-Botschaft: der Streit als Unfall, als Mangel. Die Parteien gehorchen diesem Denkmuster, indem sie ihre internen Auseinandersetzungen sorgfältig verbergen oder rasch durch ein Machtwort beenden. Glasnost ist nicht. Wenn die demokratischen Parteien sich wundern, warum sie so unattraktiv für nachdenkliche, aufgeklärte Menschen geworden sind, dann sollten sie sich fragen, worin die Anziehungskraft der permanenten Jasagerei liegen soll, die sie ihren Mitgliedern zumuten. Die Regionalkonferenzen der SPD mit ihren im Voraus kalkulierten Schlachtungen der linken Opposition sind kein Gegenbeweis. Sie sind nur Teil einer gelungenen Gesamtinszenierung, die die SPD aber dennoch nicht davor bewahrt hat, dass ihre Werte in den Keller gehen.⁷

Internes Kommunikationsversagen

Leider sind wir Grünen von diesem die Demokratie unterhöhrenden Trend nicht frei. Das einfache Mitglied bekommt von den Partei- und Fraktionsführungen in aller Regel nur dieselben Fertiggerichte serviert wie die Presse. Sie machen ihr Tun und Treiben soweit sichtbar, wie es – aus ihrer Sicht – nicht schadet. Es verschafft kaum einen Informationsvorteil im Vergleich zum aufmerksamen Zeitungsleser, Mitglied unserer Partei zu sein. Die neuen Quellen, die das Internet erschließt, minimieren diesen Unterschied sogar noch. Die Politik-Maschine ist im Wesentlichen ein Closed Shop. Die Unfertigkeit des Gedankens, die ja gerade zum echten Diskurs gehört, damit ein Wort das andere gibt und Negation möglich wird, und auf diese Weise Negation der Negation, ist abgelöst worden durch die fertige Mitteilung. Sie ist aalglatt und beliebig regenerierbar.

Der Output von Verlautbarungen folgt Klischees, die wir alle kennen. Es ist eine Professionalität, die auf einen begrenzten Zweck hin operiert. Ihr Ziel ist Medienvermittlung. Wenn der Apparat den Mitgliedern mitteilt, was er den Medien zu einem bestimmten Thema erklärt hat, ist das in Ordnung. Symptomatisch für die Entwicklung unserer Partei ist, dass die Instrumente dieser Art der Vermittlung in den letzten Jahren ständig perfektioniert worden sind; wohingegen die Medien des parteiinternen Diskurses eher in Agonie liegen. Der Niedergang des GAL-Forums im Internet ist ein Beispiel dafür. Nicht wenige GAL-Leute mit Einfluss haben sich aus diesem Forum abgemeldet – kein Wunder! -, jedoch ohne einen adäquaten Ersatz zu installieren. Der unfertige, freie Gedanke, der einen Adressaten braucht, um sich weiter entwickeln zu können, hat keine Chance. Die Meta-Botschaft dieses Vakuums „nach unten“, an die Parteibasis, ist: wir interessieren uns nicht für eure Meinung. – Aber kann eine solche Partei noch mitreißen? Kann sie an Stärke gewinnen?

⁷ „Das Volk ist doof, aber gerissen.“ (Tucholsky)

Solch ein Defizit mag in autoritär geführten Parteien von den Mitgliedern mit Gleichmut hingenommen werden; in einer so kritischen, selbstbewussten Gemeinde, wie es die Grünen sind, ist es etwa so schwerwiegend wie der Verzicht aufs Abendmahl in der katholischen Kirche. Es gibt für unsere Mitglieder nichts zu beißen, und so ist am Ende die ganze Partei ohne Biss. Wir sind so entsetzlich harmlos!

Das grüne Streit-Trauma und die medial gebürstete Öffentlichkeit

Die Scheu, den politischen Gegner anzugreifen, ihn herauszufordern, die steckt uns in den Knochen, die Freude am Meinungskampf, die geht uns ab. Wir stehen in einer Nische der Wandelhalle und reichen den Menschen unsere positive Sonnenblume. Mit einem Themenkatalog. Wahrscheinlich musste es so kommen. Das Trauma der innerparteilichen Zerrissenheit in den achtziger und frühen neunziger Jahren hat bei den Grünen ein verständliches Bedürfnis nach Einigkeit entstehen lassen; der antagonistische Streit musste entschieden werden. Er wurde in schroffer Form ausgetragen und bediente sich dabei demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten, auf die wir stolz waren: einer unzensurierten Mitgliederzeitschrift, offener Versammlungsforen, öffentlich tagender Vorstände und sogar der TAZ, wenn es mal richtig zur Sache ging. Der Parteistreit der frühen Jahre war ein Medium der Dialektik und Rhetorik, so wie die Beteiligung an den Parlamentsdebatten auch immer das Moment der intensiven Selbstschulung in sich trug. Öffentlichkeit wurde als Chance, nicht als Gefahr erlebt.

Nach dieser Zeit verhakten sich die Flügel. Es gab eine Reihe von Jahren des schwierigen, wenig fruchtbaren Kompromisses. Es herrschte ein Kräftegleichgewicht mit dem Effekt der gegenseitigen Selbstlähmung. Wer in dieser Zeit parteiinterne Diskussionen organisierte, sah sich häufig mit Überdross konfrontiert. Der Realo-Fundi-Streit war zu Ende, die Wirklichkeit hatte gesiegt. Das Desinteresse an Grundsatzdebatten nahm zu. Die Partei wurde pragmatisch. Die Stäbe verlangten konkrete Ergebnisse. Und die Abgeordneten hatten keine Zeit mehr für Hintergrundgespräche. Der offene Diskurs wurde als Palaver denunziert. Es wurde fast zur Stereotype, sich zu Wort zu melden und dann sein Unbehagen über die Diskussion auszudrücken. Einige Mitglieder hatten sogar das Bedürfnis, immer wieder zu kommen und dann genau dies zu tun.⁸

Das grüne Bildungsdefizit

Dass die Grünen heute zu einer Politik-Agentur komprimiert sind, in der nur noch ganz wenige Leute das Tagesgeschäft bestimmen und in der es neben dem Tagesgeschäft eigentlich keinerlei Organisationszweige gibt, ist einer der

⁸ Machttaktische Gesprächszusammenhänge wie das Realo-SOFA standen außerdem in dem Geruch, nur als Seilschaften zu fungieren; und tatsächlich reduzierten sie sich auf den schnöden Zweck der Beeinflussung innerparteilicher Voten, wenn – wie zum Schluss – unter Zeitdruck immer nur noch die dringendsten Personalien geklärt wurden. Die pragmatische Abneigung gegen den scheinbar folgenlosen Gedankenaustausch hat diese Degradation mit vorangetrieben. Leitfrage des so bornierten Bewusstseins: Was bringt das?

Auswüchse dieser Parteivergangenheit. Ein anderer ist, dass wir seit Jahren keine Gelegenheit mehr bieten, sich im offenen Meinungsstreit zu schulen. Die Partei der Akademiker hat ein Bildungsproblem. Denn mit der Einmottung der Instrumente des freien Diskurses ist auch die Gelegenheit weggefallen, sich für die öffentliche Auseinandersetzung fit zu machen. Ich habe vor etwa zehn Jahren als Mäuschen auf einem SPD-Parteitag erlebt, wie der Versammlungsleiter die Aussprache eröffnete und dann nur der stadtbekanntes Querulant *** redete, der sein Mandat verloren hatte, weshalb er nun reden konnte, was er wollte – aber haben wir bei der GAL in den letzten Jahren nicht auch oft das Gefühl haben müssen, dass die Debatte auf unseren Versammlungen so recht nicht zünden wollte?

Damit hat inzwischen eine ganze Partei-Generation ein Problem. Auf die Fischers und Cohn-Bendits der zweiten Generation warten wir bisher vergebens. Denn wenn jemand auf dem Spritzenplatz steht und ihn ein CDUler hart angeht, kann er sich nicht an den Presseerklärungen seiner Parteiführung festhalten. Dann muss er streiten, ob er will oder nicht. Wo aber haben unsere grünen Jungs⁹ das gelernt? Der CDU-Mann schneidet Themen an, die nicht im eigenen Katalog vorkommen und die in der eigenen Partei nicht diskutiert werden: die neue urbane Unterschicht und ihre Selbstdarstellungsformen; die Kriminalitätsrate nach Einwanderergruppen; die Verwahrlosung in den Familien; die Verunstaltung des öffentlichen Raums; die Rücksichtslosigkeit von Radfahrern. Genau genommen, spielen die Parteien auf dem Marktplatz (nicht nur in Altona, überall in Deutschland) miteinander dasselbe Spiel: ich spreche mal ein Thema an, das nicht in deinem Katalog vorkommt. Und dann stehen unsere Leute oft da und sind verlegen oder reden sich raus. Manchmal ist auch eine Kamera dabei. Und was das Publikum dann am schönsten findet, ist, dass der Vertreter der Partei A ein echtes Problem benennt, das jedoch von dem Vertreter der Partei B strikt geleugnet wird. Daran können sich die Leute echt hochziehen. Die Unehrllichkeit ist dann ja auch mit Händen zu greifen.¹⁰

Wir machen es unseren Mitgliedern in diesem Freilandversuch nicht einfach. Erschwerend kommt hinzu, dass wir in einer relativ ruhigen Zeit leben, in der die Diskussionsgelegenheiten eher rar sind. Selten war eine Schülergeneration so angepasst und pflegeleicht wie die heutige. Und auch der übergroße Teil der Studentenschaft hat sich mit den Verhältnissen arrangiert. In den bewegten und Bewegungs-Zeiten, die hinter uns liegen, war das anders. Gewiss wird die Zeit der neuen Affirmativität¹¹ irgendwann vorbei sein – aber dann haben

⁹ beiderlei Geschlechts

¹⁰ Wolfgang Kraushaar hat im Dez. 2002 in einem Vortrag beim Hamburger Institut für Sozialforschung die „Politik der Auslassungen“ (so sein Thema) als wichtigen Entstehungsgrund für den Populismus dargestellt und dabei Gunter Hofmanns Bild von der „leeren politischen Bühne“ übernommen, die von den Populisten besetzt wird.

¹¹ Auffällig ist z.B., wie unkritisch auch die grüne Partei Sichtweisen aus der Wirtschaft übernimmt. Typisch ist, dass der in diesen Tagen laufende Prozess gegen Ackermann und Konsorten für die Grünen kein Anlass ist, das Thema Wirtschaftsmacht und Moral zu erörtern. Auch dass es rechtlich vielleicht keine Handhabe gegen die Abzocker gibt, könnte ja eine Partei, die sonst so viel über Gesetzgebung nachdenkt, dazu anregen, hier weiterzudenken.

wir eine breite mittlere Partei-Generation, die die diskursfreie Politik als gewohnte Existenzform verinnerlicht hat. Dauer-Harmonie als mentales Ghetto? Vielleicht müssen die großen Erschütterungen wirklich von außen kommen.

Die Reichweitenillusion: wir und die Stadt

Wer im politischen Raum nicht laut, klar und Streitbar seine Stimme erhebt, sollte es lieber gleich lassen. Wir stehen damit vor der kommunikatorischen Barriere, die uns den Weg zu größerem Einfluss versperrt. In ihrer Selbstwahrnehmung erliegen die Grünen immer wieder einer Reichweitenillusion. Sie kommunizieren hochkomplexe Sach- und Fachbotschaften in einen begrenzten Raum hinein, den sie aber mit der gesamten Öffentlichkeit gleichsetzen. In Wirklichkeit kommunizieren sie meistens nur mit speziellen Milieus oder mit Fachöffentlichkeiten – oder mit der kleinen Minderheit permanent interessierter und informierter Bürger.

Ich will zur Veranschaulichung dieser These ein Aha-Erlebnis berichten, das ich im Herbst 1999 hatte. Ich wechselte als Lehrer an eine andere Schule. Die Jahre vorher hatte ich, bis 1997, als Schulpolitiker der GAL-Fraktion die Schulen derart mit Informationen und Einladungen bombardiert, dass mich die Fraktionsgeschäftsführerin häufiger ermahnen musste, die Portokasse nicht allzu sehr zu strapazieren. Es gelang uns damals, mit einer Serie von schulpolitischen Foren wesentliche Vertreter der schulpolitischen Öffentlichkeit im Rathaus zu versammeln – mit Veranstaltungen bis zu 200 Teilnehmern. Da ich nun an eine Schule wechselte, die als engagierte Reformschule galt, war ich mir noch sicherer, dort auf ein Vorwissen über grüne Schulpolitik zu treffen. Doch welche vermessene Illusion! Welche Kränkung! Kaum jemand wusste etwas von uns und unserem Treiben. Warum auch? Ein grünes Netzwerk hatten wir nie aufgebaut. Die Post ist kein Ersatz für Organisation.

Wagen wir doch mal eine Schätzung, wie groß unsere kommunikative Reichweite wirklich ist. Etwa 70.000 Zuschauer hören bei „Schalthoff live“, wenn es gut geht, im Laufe von real 35 Minuten vielleicht drei gute grüne Argumente. Unser morgendlicher Flugblattverteiler vor Bahnhöfen des U- und S-Bahn-Netzes „schafft“, wenn er richtig auf Touren kommt, die Verbreitung von ca. 20.000 Exemplaren, und wir verteilen etwa fünfmal. Unsere großen E-Mail-Sammelverteiler erreichen maximal mehrere tausend Menschen, die aber überwiegend zu uns gehören und insofern keine echte Öffentlichkeit darstellen. Unsere Pressemitteilungen werden meistens nicht zitiert. Unsere Plakate sind gut platziert und fallen ins Auge; aber sie sind naturgemäß als Kommunikationsmittel nur begrenzt tauglich. Ihre Funktion besteht darin, auf uns aufmerksam zu machen. Sie müssen verbal so reduziert sein, dass die Botschaft auch vom Auto aus zu lesen ist. (Tja, liebe Radler, so ist das!)

Setzen wir die aktiven demokratischen Minderheiten ins Verhältnis zum Rest der Bürger, so wird klar, dass es sich nicht nur um unser Problem handelt. Auch Schulsprecher, Elternratsvorsitzende, Gewerkschaftsfunktionäre, Kirchenleute haben oft das Gefühl, mit ihrem Engagement allein dazustehen. Ein Beispiel in

Zahlen: Das Hamburger Schulwesen umfasst 430 Schulen mit ca. einer Viertelmillion Schülern und Auszubildenden. Rechnen wir die Eltern hinzu, so kommen wir auf ca. eine Dreiviertelmillion Menschen, die von der Schule existenziell betroffen sind. Häufig fühlen sie sich auch so. In groteskem Missverhältnis dazu steht die Zahl derer, die sich aktiv in die Schulpolitik einmischen. Selbst Rudolf Lange hat es nicht vermocht, ein dauerhaftes Massenengagement zu erzeugen, obwohl er sich redlich bemüht hat, alle gegen sich aufzubringen. Ich schätze – aus meiner Organisationserfahrung von vor 1997 – die schulpolitische Öffentlichkeit inklusive Parteienvertreter, Wissenschaftler usw. in Hamburg auf nicht mehr als 2000 Menschen. Und längst nicht jeder, der ein schulisches Ehrenamt inne hat, gehört de facto dazu.

Gewiss wirkt ein kleinerer Teil dieser 2000 Bürgerinnen und Bürger, jener nämlich, der mit uns sympathisiert, als Multiplikator grüner Botschaften. Doch unterschätzen wir nicht den Eigensinn aktiver Bürger! Sie sind nicht unsere Missionare. Manchmal haben sie auch die Botschaft nicht richtig verstanden, oder sie hören nicht zu oder sind gerade verhindert. Auf keinen Fall dürfen wir uns einbilden, wir hätten mit Hamburg gesprochen, wenn wir doch nur mit einer Spezialöffentlichkeit von 2000 Personen kommuniziert haben. Im Vergleich dazu: Hamburg hat etwa 1.200.000 Wahlberechtigte. Der nicht unerhebliche Rest, mit dem wir nicht über Schulpolitik gesprochen haben, beträgt also 1.198.000 Menschen.

Der Einwand, den man hiergegen erheben könnte, wäre: die GAL bekommt bei Bürgerschaftswahlen fast 120.000 Stimmen. Das ist doch schon was. Meine Erwiderung wäre: Es geht ja auch nicht nur um Schulpolitik. Aber die Summe der Teilöffentlichkeiten, mit denen wir in einem Dialog stehen, der sich nicht nur auf Werbefloskeln beschränkt, ist unvergleichlich viel kleiner als die politische Öffentlichkeit der Hansestadt insgesamt. Demokratische Wahlen sind, so betrachtet, auch ein Test dafür, wie viele Wahlberechtigte sich als politische Öffentlichkeit angesprochen fühlen. Bei der Bürgerschaftswahl von 2001 betrug die Wahlbeteiligung 71,0 % - das entspricht ungefähr 860.000 Wählern. Und der GAL-Blick muss sich – anspruchsvoll – auf jenen dicken Kreis richten, der jenseits unseres bisherigen Kommunikationshorizonts liegt. Damit habe ich mich natürlich für eine der beiden oben erwähnten strategischen Optionen entschieden: für das Expansionsmodell.

Von der sozialen Zusammensetzung her hat sich der Hamburger Landesverband seit den frühen neunziger Jahren erfreulich pluralisiert – aus der Partei der Lehrerinnen und Sozialpädagogen (schaut euch die Frauenliste von 1986 an!) ist eine Partei geworden, die zwar immer noch einen hohen Anteil an Studierenden hat, aber im Berufsspektrum z.B. ihrer neuen Bürgerschaftsliste eine größere Bandbreite aufweist. Dennoch sagt unser aktuelles Berufsspektrum in Fraktionen und Vorständen etwas aus über den sozialen Ort, an dem diese Partei real existiert. Es ist ein Gesellschafts-Segment mit eigenem Habitus. Und in dieser Beschränkung liegt eine Vermittlungsbarriere nach außen. „Die Grünen“, sagt mein Kollege Peter Vollertsen, scharfsinniger Beobachter der politi-

schen Szenerie, „sind – soziologisch betrachtet und von ihrer Wertorientierung her - eine Mittelschichtspartei.“

Es ist kein Wunder, dass unsere politische Kommunikation daher nicht nur fachlich verengt, sondern auch - immer noch – milieumäßig gebunden ist. Es ist schwer, seinen Stil auf fremde Milieus abzustimmen. Es ist schwer, nicht in die Sprache der Verwaltung zu verfallen, wenn man fast den ganzen Tag lang nur am Gesetzgebungsverfahren arbeitet. Es ist schwer, sich selbst nicht ähnlich zu sein.

Die Schicksalhaftigkeit der Sprachbarriere verbindet sich bei uns unheilvoll mit einem Verankerungsdefizit. Das eine bedingt das andere. Damit bin ich bei der letzten der vier Barrieren angelangt, über die ich hier nachdenken wollte.

Wie integriert sind die Grünen?

Wenn ich zu Anfang gesagt habe, dass wir *mehr* Partei sind als die anderen, dann meine ich damit vor allem, dass wir eine *reine* Politik-Maschine sind, eine Partei postmodernen Typs mit einer sehr auf individuelle Freiheiten bedachten Mitgliederbasis, ohne Massenorganisationen oder Traditionsbindungen. Greta Rambatz hat gesagt, sie sei nur deshalb bei der GAL, weil ihr Sohn auch bei der GAL sei; das ist vielleicht kein so schlechtes Beispiel für die Art von Traditionsbindung, wie sie bei uns ab und zu vorkommt: die umgekehrte, von Jung nach Alt.

Im Allgemeinen jedoch sind wir eher bindungslos. Die Fluktuation im aktiven Kern ist nicht unerheblich. Man ist nicht bei den Grünen, sondern man macht zeitweilig bei den Grünen mit. Das entspricht dem modernen Leben – es gibt eben nicht nur eine geografische oder berufliche Mobilität, sondern auch eine politische. Unsere Toleranz beweist sich auch darin, wie rasch ehemalige Mitglieder anderer Parteien bei uns integriert werden. Andererseits schränken diese Fluktuation und diese Offenheit unser kollektives Gedächtnis ein. Denn so leicht neue Mitglieder bei uns aktiv werden, so leicht verlieren wir sie auch wieder. Auf meinem Schrank am Born liegt ein dicker, vergilbter Stapel von Adressenlisten; wenn ich den herunternehme und die Namenslisten anschau, fühle ich mich wie eine hundertjährige Schildkröte, die auf ein Meer zurückblickt, das alle anderen hinweggespült hat.

Die Grünen brechen im Mitgliederverschleiß alle Rekorde, weil sie bis heute kein sonderliches Geschick darin entwickelt haben, ihre Aktiven bei Laune zu halten, Unzufriedene vom Austritt abzuhalten, Vielbeschäftigten einfache¹² Angebote zur Mitwirkung zu machen und Abtrünnige durch geduldige Ansprache wiederzugewinnen. Dabei sollte besonders für eine so kleine Partei der Grundsatz gelten: Jeder Einzelne ist wertvoll!

¹² auf Neudeutsch: niedrighschwellige

Wir haben die besondere Art, wie sich Leute bei uns engagieren, nämlich eine Zeit lang alles zu geben, um dann wieder erschöpft Abstand zu nehmen, nie bewusst analysiert. Die kurzen Zyklen des Engagements passen gut zu unserer relativ kurzfristigen Orientierung an Legislaturperioden. Die fast ausschließliche Orientierung auf Parlaments- und Pressearbeit macht die Logik des Tagesgeschäfts zu einem Dogma. Ich verkenne nicht, dass in neuerer Zeit z.B. mit dem sog. „Dock-Prozess“ die GAL-Führung versucht hat, einen mittelfristigen Horizont der Politikplanung zu eröffnen. Aber auch hier sind die Zeitziele noch relativ kurz.

Zweiundzwanzig Jahre nach Gründung der GAL, so sollte man meinen, müsste zumindest in den uns nahen Milieus, Organisationen und Institutionen eine Integration stattgefunden haben, und zwar dergestalt, dass dort Mitglieder oder Anhänger der Grünen spezifische Ziele entwickeln und verfolgen, die nur sehr indirekt mit dem parlamentarischen Tagesgeschäft der Politik-Agentur zu tun haben. „Unternehmensgrün“ mag ein solcher Ansatz sein; die „kritischen Polizisten“ ein anderer. Sie bleiben aber eher die Ausnahme.¹³ In fast keiner großen Berufsgruppe, in fast keinem Bereich von Wirtschaft und Verwaltung gibt es eine organisierte Tätigkeit von Grünen. Das markanteste Beispiel ist vielleicht die Lehrerschaft – eine sehr große und den Grünen überdurchschnittliche nahe stehende Berufsgruppe des öffentlichen Dienstes. Viele ehemals aktive GEW-Leute sind zur GAL gegangen. Schulreform findet seit Jahren nur noch, wenn überhaupt, gegen die GEW und gegen den DL statt. Die GEW ist, durch ihren perspektivlosen Gewerkschafts-Fundamentalismus, heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. Um so erstaunlicher ist es, dass wir die Frage der Selbstorganisation der Lehrerschaft nie aufgeworfen haben. Das liegt nicht in erster Linie an dem Abschiedstrauma der ehemals bei der GEW Aktiven. Sondern es liegt an dem grundsätzlichen Manko der Grünen, überall dort auf der eigenen Landkarte große weiße Flecken zu haben, wo es um Organisationspolitik und Gesellschaftspolitik geht. Wenn wir aber gar keine organisierten Verbindungen zu den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft haben, wie wollen wir dort dann intervenieren und von unseren Positionen überzeugen? Wir werden nicht einmal erfahren, was sich dort tut – es sei denn, zufällig, durch die Lektüre eines gut recherchierten Hintergrundartikels in der Zeitung. Aber reicht das?

Auch dieses Manko will ich an einem Beispiel aus meinen eigenen Erfahrungsbereich erläutern. (Ich bin mir aber sicher, dass ihr aus anderen Bereichen genauso treffende Veranschaulichungen liefern könntet.) Vor einigen Wochen erreicht mich die Kopie eines Briefs, den der Schulleiter einer großen Hamburger Gesamtschule an seinen Schulaufsichtsbeamten geschickt hat. Er

¹³ Es ist schwer die Frage, ob hier die Heinrich-Böll-Stiftung als löbliche Ausnahme genannt werden soll. Denn sie steht uns zwar nahe, ist aber kein Teil der Partei. Ihre Wirkung in fremde Räume hinein ist vorbildlich. Ihre Bildungskommission z.B. kann als einer der einflussreichsten Think-Tanks in der Schul- und Hochschulpolitik gelten. Die Partei könnte sich an der Arbeitsweise dieser Stiftung ein Beispiel nehmen. Aber sie darf auf keinen Fall den Fehler machen, die eigene Untätigkeit hinter dem Wirken der HBS zu verstecken. Denn die HBS kann Machtspiele nur sehr indirekt oder gar nicht beeinflussen.

enthält eine Lageschilderung, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig lässt. Ich leite diesen Brief an das schulpolitische Referat der GAL-Fraktion und an den LAG-Sprecher weiter – mit der Bitte um aufmerksame Kenntnisnahme. Armin Oertel fragt zu Recht zurück, was ich zu tun vorschläge. Genau diese Frage kann ich nicht beantworten. Wenn wir eine Partei wären, die nicht nur als parlamentarisches Raumschiff konstruiert ist, würde er die Information an diejenige politische Abteilung des Landesvorstandes weiterleiten, die die grüne Politik im Schulbereich koordiniert. Auch Björn Steffen kann – als LAG-Sprecher – die Sache nur zur Kenntnis nehmen. Es wäre sogar überflüssig, sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen. Denn Besprechen allein hilft nicht. Handeln müssten wir können. Wir haben eine LAG, die sehr gute Arbeit leistet, und ein vorbildlich geführtes Schulpolitik-Referat (mit nach wie vor intensiver Kommunikation nach außen), aber wir haben keinen Organisationsbereich Schule. Wir sind ein Offizierskorps ohne Mannschaften, oder, um es für Ökopaxe verdaulicher zu erläutern, eine Müsli-Fabrik ohne Versandabteilung.

Es ist mit dieser Partei wie mit den Menschen: Integration braucht Zeit. Vielleicht ist es zu viel verlangt von einer Partei, die erst 25 ist, in Zehn- oder Zwanzigjahreszeiträumen zu denken. Doch eines steht für mich fest: ohne eine stärkere Einbindung in die Gesellschaft haben die Grünen keine Zukunft. Deshalb müssen die Vorstände eine „zweite Ebene“ grüner Politik entwickeln und dafür sowohl vorhandene Kräfte abstellen als auch neue aufbauen. Das bedarf der vorbereitenden Überzeugungsarbeit: wir müssen unseren eigenen aktiven Mitgliedern und den Menschen, die neu zu uns stoßen, die Einsicht vermitteln, dass es noch andere existentiell bedeutsame Betätigungsfelder für eine Partei gibt als das Parlament.

Was könnten unsere Vorstände tun, um die Diskussionsthemen und Denkanstöße dieser kritischen Betrachtung aufzugreifen?

1. Vorhandenes Problembewusstsein erkunden. Wenn die Partei mit ihrer Größe, ihrer Reichweite und ihrer Verankerung zufrieden ist und der Vorstand auch, besteht kein Handlungsbedarf. Beratung ist dann nicht nötig. Wenn dies anders ist:

2. Unzufriedenheit genauer prüfen. Wer ist womit in welchem Maße unzufrieden, und warum? Die Unzufriedenheit muss nicht etwas mit den hier erörterten Problemen zu tun haben. Sie kann aus dem Umgang von Gremien miteinander resultieren¹⁴ oder aus mangelnder Mitgliederpflege. Ein **Fragebogen** kann hierfür das richtige Instrument sein.

3. Eine kleine Debatte um die Organisationsentwicklung eröffnen. Sie kann mit einem Input auf der Grundlage der vorliegenden Einschätzung beginnen. Die Vorstände könnten den Teilnehmerkreis selber definieren.

¹⁴ siehe z.B. bei M. Sarrazin, J. Biesenbender, T. Steffen: Diskussionspapier zur Arbeit des Landesausschusses, Hamburg 26.11.03

3 a. Gibt es in dieser Runde einen **überwiegenden Dissens** über einen Handlungsbedarf, so kann die Meinungsverschiedenheit direkt in die Partei hinein kommuniziert werden. Das belebt die innerparteiliche Meinungsbildung. Ein Rückfall in das alte Flügel-Schisma muss nicht befürchtet werden.

3 b. Gibt es in dieser Beratung **Konsens über einen Handlungsbedarf**, so könnten die nächsten Schritte erfolgen:

4. Eine Projektgruppe beim jeweiligen Vorstand einrichten. Sie entwickelt für einen überschaubaren Zeitraum einen Katalog von Maßnahmen. Der Vorstand wirbt gezielt bei kompetenten Mitgliedern um Mitarbeit. (Auch innerhalb der Partei haben wir viel Know-How an Organisationsentwicklung.) Wir installieren damit eine kostenlose **Politik-Selbstberatung**.

5. Die „kleinen Parteitage“ miteinbeziehen. Dadurch zieht die Debatte größere Kreise und mobilisiert auch, wenn es gut läuft, mehr Kräfte, die sich motiviert fühlen, an dem Projekt mitzuarbeiten.

6. Professionellen Rat einholen. Wie bei anderen OE-Prozessen wird es ganz ohne eine externe Begleitung nicht gehen. Die GAL hat z.B. mit Fremdmoderation gute Erfahrungen gemacht.

7. Verbindliche Ziele der Partei-Entwicklung definieren. Das setzt schon einen ziemlichen Grad an Selbstklärung voraus. Verbindlichkeit heißt: a) Persönliche Verantwortlichkeiten klären, b) konkrete Aufgaben verteilen, c) Zeitziele festlegen, d) Ressourcen zur Verfügung stellen. Ganz wichtig dabei ist, mit ehrenamtlichem Engagement so gewissenhaft umzugehen, dass die involvierten Mitglieder von anderen Belastungen verschont bleiben und ihnen auch Mut gemacht wird, sich bis auf Weiteres nur mit *einer* Aufgabe zu befassen. Also der Versuchung widerstehen, sie für andere und immer mehr Dinge einzuspannen.

8. Die Mitgliederbasis für das Problem sensibilisieren. *Informiert werden* sollten die Mitglieder von Anfang an. Das Projekt kann nicht als Geheimoperation gelingen. Aber sensibilisieren heißt mehr als nur informieren. Die Vorstände müssen den Mut haben, von sich aus auf Defizite hinzuweisen. Also nicht nur den üblichen glatten Verlautbarungsstil pflegen.

9. Organisations-Entwicklung kommunizieren. Wenn die Ziele stehen und es im aktiven Kern einen weitgehenden Konsens darüber gibt, dass das Raumschiff-Syndrom überwunden werden soll, kann der Schritt, den die Grünen mit sich selber machen, nicht nur mit der gesamten Partei, sondern auch mit den uns nahe stehenden Teilen der Öffentlichkeit debattiert werden. Wenn Menschen, die mit der grünen Sache sympathisieren, erkennen, dass sie für diese Sache etwas an *ihrem* sozialen Ort tun können, sich also nicht in die engsten Arbeitszusammenhänge von Partei und Fraktion begeben müssen, wird das

ihre Bereitschaft fördern, mit uns zusammenzuarbeiten – und uns wird es neue Kräfte erschließen.

Kurt Edler (28. Febr. 2004)